

Bericht aus dem „ GÄUBOTE“ erschienen am 10.11.2006

Gärtringer Finanzwesen: Gemeinderat entscheidet sich für Umstellung auf Software „Finanz+“

“Passend für Zwecke der Gemeinde“

Gärtringen Die Gemeinde Gärtringen stellt Ihr Finanzwesen zum Januar 2008 auf das Verfahren „Finanz+“ der Stuttgarter Firma DATA-PLAN um.

Das Produkt, sei am preisgünstigsten und am besten auf die Gärtringer Bedürfnisse zugeschnitten, befand Bürgermeister Michael Weinstein in der Gemeinderatssitzung am Dienstag. Die Aufgabe, einen geeigneten Nachfolger für das landeseinheitliche, 30 Jahre alte Verfahren „Fives“ zu finden, muss jede Gemeinde eigenständig lösen. Die Gärtringer Verwaltung hat sich mit dem Thema intensiv auseinandergesetzt und die Verfahren SAP und KIRP, die die kommunale Datenzentrale in der Region Stuttgart (KDRS) anbieten, sowie das autonome Verfahren „Finanz+“ von DATA-PLAN bei verschiedenen Städten und Gemeinden angeschaut. Dabei hat sich die Verwaltung insbesondere über die Erfahrungen in puncto Betreuung, Benutzerfreundlichkeit und Anwendung informiert. Bei allen Gemeinden; die ein neues "Finanzwesen-Verfahren" ausgeschrieben haben, hätte das

Produkt FINANZ+ sehr gut abgeschnitten, erklärte Weinstein. Bereits elf große Kreisstädte, neun Stadtverwaltungen und 20 Gemeindeverwaltungen haben sich bislang für das autonome Verfahren entschieden. Weinstein ist überzeugt: Die Software ist passend für unsere Zwecke. Zum Kostenvergleich befand Weinstein, dass die beiden Rechenzentrums-Verfahren SAP und KIRP zwar in den einmaligen Anschaffungskosten bis zu 35.000 Euro günstiger seien als „Finanz+“, das mit 74.000 Euro zu Buche schlägt. Dafür betragen, die jährlich anfallenden Betriebskosten bei „Finanz+“ 17.000 Euro und sind damit etwa halb so hoch wie die Rechenzentrums-Programme. Der Verwaltungsausschuss hat die Thematik bereits ausführlich vorbereitet. Gleichwohl gab es noch Bedenken. „Ich habe Probleme mit der langen Laufzeit von zwölf Jahren“, meinte Eva Lehmacher (SPD). Weinstein verdeutlichte, dass durch die längere Laufzeit die Jahreskosten umgerechnet günstiger werden und somit 23.000 Euro im Jahr betragen.

Der Rathaus-Chef erklärte zudem, dass mit der Software auch eine Umstellung auf „Doppik“ –ein neues Buchungsverfahren für kommunale Haushalte- problemlos möglich sei. Weinstein: „Die kommunale Doppik wird wohl kommen, aber das ist gesetzlich noch nicht festgeschrieben.“ Zwar sei es schwer die Argumente die für das Verfahren der Stuttgarter Firma sprächen zu widerlegen, befand Hans Karl Schurer (CDU). Dennoch entschied er sich für „eine Entscheidung aus dem Bauch heraus“ gegen FINANZ+. Schließlich blieb der Großteil aller Gemeinden beim Rechenzentrum der Region. „Risiken gibt es immer“ sage Inge Friedrich (Grüne Liste). Da sich die Verwaltung jedoch intensiv mit allen Aspekten des neuen Systems auseinandergesetzt habe, schloss sie sich – wie die Mehrheit des Gremiums- dem Verwaltungsantrag an. Fünf Räte stimmten dagegen, drei enthielten sich.